



Gesamtverband  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie e. V.

## Roland Roth

Präsident Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Rede zur Jahrespressekonferenz am 26. Februar 2020 in Frankfurt am Main

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Redetext im Web verfügbar unter  
[www.gkv.de](http://www.gkv.de)

Anrede,

vielen Dank, dass Sie auch in diesem Jahr unserer Einladung zur Jahreswirtschaftspressekonferenz der Kunststoff verarbeitenden Industrie am Aschermittwoch in Frankfurt am Main gefolgt sind. Wie gewohnt, werden wir aus Sicht unseres Wirtschaftszweigs eine Bilanz des Jahres 2019 ziehen. Darüber hinaus wollen wir die wichtigsten aktuellen Entwicklungen in Wirtschaft und Politik und deren Auswirkungen auf unsere Branche reflektieren und einen Ausblick auf das noch junge Jahr 2020 geben.

Das Jahr 2019 war zum einen geprägt von einer breiten und teilweise äußerst emotional geführten Debatte über Kunststoffe und ihre Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Zum anderen wirkt sich die aktuell schwierige Wirtschaftslage wichtiger Kundenindustrien der Kunststoffverarbeiter, u.a. der Automobilindustrie und des Maschinenbaus, auf die Konjunktur und das Geschäftsklima unserer Branche aus.

Beide Einflussfaktoren haben dazu beigetragen, dass die wirtschaftlichen Ergebnisse der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Deutschland im Jahr 2019 nicht vollständig an das Ergebnis des Vorjahres anschließen konnten. Der Umsatz der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Deutschland im vergangenen Jahr ging gegenüber 2018 um 1,2 Prozent auf 65,1 Mrd. Euro zurück. Die im Inland getätigten Umsätze gingen dabei stärker zurück als die Exporte.

Der Außenhandel war, wie bereits im Vorjahr, von gewisser Unsicherheit geprägt. Hierzu trugen zunehmende politische Spannungen und Herausforderungen für den freien Welthandel, die über mehrere Monat ausgedehnte

### Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Gertraudenstraße 20  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 2061 67 150  
Fax 030 / 3971 22 30

E-Mail: [info@gkv.de](mailto:info@gkv.de)  
Internet: [www.gkv.de](http://www.gkv.de)

IBAN: DE62 5008 0000 0091 2086 00  
BIC: DRESDEFFXXX (Commerzbank AG)  
Vereinsregister Frankfurt am Main VR 4899

Die GKV-Trägerverbände



Debatte über den Brexit, die konjunkturellen Schwierigkeiten Chinas und anhaltende Diskussionen über die industrie- und währungspolitische Strategie Europas bei.

Der Beschäftigtenstand in unserer Branche lag zum Jahresende 2019 bei 336.000 Beschäftigten und damit auf dem Niveau des Vergleichswerts 2018. Gleiches gilt für die Anzahl der Branchenbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, die ausweislich der amtlichen Statistik ebenfalls leicht über dem Vorjahreswert liegt. Die Verarbeitungsmenge lag 2019 bei 14,6 Mio. Tonnen und damit leicht unter der des Jahres 2018.

Die Wirtschaftsentwicklung unseres Industriezweigs folgt in Teilen auch der zunehmenden Besorgnis vieler Menschen über die wachsende Menge von Mikroplastikpartikeln sowie von Kunststoffabfällen aus Konsumverpackungen und Verbraucherprodukten in der Umwelt, die insbesondere Flüsse und Ozeane belasten. Unabhängig davon, dass die globalen Haupteintragsgebiete von Kunststoffabfällen in die Umwelt weit entfernt von Deutschland in den Schwellen- und Entwicklungsländern Ostasiens, Südamerikas und Afrikas liegen, wirken die Bilder verschmutzter Strände und verendeter Vögel und Seetiere auch in Deutschland nach.

Auch deshalb ist es der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Deutschland ein Anliegen, die vor der Wirtschaft und der Gesellschaft in diesen Ländern liegenden Herausforderungen offen zu benennen und zur Lösung dieser globalen Probleme beizutragen, wo immer wir als mittelständischer Industriezweig das können. Erste Schritte dazu sind bereits gegangen. Verbände der Kunststoffindustrie haben im Oktober 2019 anlässlich der Weltleitmesse der Kunststoffindustrie K' mit der Studie Global Plastics Flow erstmals Daten zur Produktion, Verarbeitung und Verwertung von Kunststoffabfällen aus insgesamt 44 Ländern weltweit vorgestellt und tragen damit dazu bei, dass eine geeignete Datengrundlage für weitere Aktivitäten geschaffen wird. Die Messe K' im Oktober 2019 in Düsseldorf bot unter dem Leitthema ‚Circular Economy‘ Besuchern aus vielen Ländern der Erde einen ausgezeichneten Rahmen, um sich über Nachhaltigkeit und Kunststoffe zu informieren und auszutauschen. Weiterhin engagieren sich Unternehmen der Kunststoff verarbeitenden Industrie sowie der Branchenverband GKV in der PREVENT-Abfallallianz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und fördern damit den Wissens- und Technologietransfer zum Aufbau des Abfallmanagements und des Kunststoffrecyclings in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Im Vergleich zu vielen Schwellen- und Entwicklungsländern verfügt Deutschland, wie auch eine Reihe weiterer Länder in Europa, über ein gut etabliertes System der Sammlung und Verwertung kunststoffhaltiger Abfälle und unternimmt weitere Schritte zur Stärkung der Ressourceneffizienz der Kunststoffe, u.a. durch eine weitere Anhebung von Verwertungsquoten für Kunststoffe aus

den haushaltsnahen Sammlungen für Leichtverpackungen und zur Stärkung der Recyclingfähigkeit von Verpackungen. Umso mehr erstaunt es, wie wenig sachgemäß die Debatte über Kunststoffe und ihre Auswirkungen auf Mensch und Umwelt in Deutschland in Teilen geführt wird:

Angesichts einer stetig wachsenden Menge von Konsumabfällen privater Haushalte und aus der Lieferkette für Lebensmittel und Verbraucherprodukte ist die Frage nach der künftigen Entwicklung der gesamten Abfallmenge durchaus berechtigt. In der öffentlichen und medialen Diskussion steht gleichwohl vornehmlich der Kunststoff im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Zielführend wäre es, über das richtige Maß an Verpackung zu sprechen, damit Verluste von Verbrauchergütern und Lebensmitteln in Transport und Lagerung wirksam auf ein Minimum begrenzt werden können.

Die Folgen überhastet und unter dem Eindruck von Emotionen getroffener politischer Entscheidungen drohen der Umwelt eher zu schaden als ihr zu nutzen. Es hätte der deutschen Bundesregierung beispielsweise offen gestanden, eine Diskussion über die Notwendigkeit von Einwegtragetaschen zu führen. Das Verbot allein der Tragetasche aus Kunststoff jedoch diskriminiert, ohne jeden Anlass, einseitig den Kunststoff und verleitet die Verbraucher offensichtlich zum Kauf ökologisch nachteiliger Alternativen. Nebenbei bemerkt gilt das Verbot künftig auch für Kunststofftragetaschen, die mit dem Premium-Umweltzeichen „Blauer Engel“ ausgezeichnet wurden und zu mindestens 80 Prozent aus Kunststoffrecycling bestehen.

Ähnliche umweltschädliche Auswirkungen sind auch von den von der Europäischen Union verfügbaren Verboten von Einwegprodukten aus Polymeren zu erwarten. Wenn der Kunststoff-Trinkhalm durch einen Trinkhalm aus importiertem Zuckerrohr-Biopolymer und der Kunststoffeinwegteller durch einen aus Aluminium oder beschichteter Pappe ersetzt wird, ist der Umwelt damit nicht gedient. Widersprüchliche politische Signale führen bereits jetzt zu Verunsicherung im Markt. Ein großer Hersteller von Konfitüren kündigte kürzlich an, Einweg-Kunststoff-Becher durch eine Variante in Einweg-Glas zu ersetzen. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Teile des von der neuen Europäischen Kommission unter Frau von der Leyen vorgestellten Konzepts des so genannten „Green Deal“ sehen wir kritisch, da es den Irrweg von Produktverboten, Beschränkungen und Vorschriften weiterverfolgt und eben nicht auf transparente Maßstäbe für Nachhaltigkeit und fairen Wettbewerb der Werkstoffe um die besten Lösungen setzt. Forderungen nach einem weitgehenden Verbot von Kunststoffverpackungen, wie kürzlich vom Umweltkommissar der Europäischen Kommission gefordert, und die im Europäischen Rat diskutierte Idee einer europäischen Abgabe auf nicht-recycelte Kunststoffverpackungsabfälle, tragen ebenfalls zu Unsicherheit und zur Zurückhaltung von Investitionen bei.

Gerade der Klimaschutz, das umweltpolitische Megathema dieser Dekade, wird ohne Kunststoffe nicht wirksam gelingen. Dämmmaterialien, Fenster und Haustürfüllungen aus Kunststoff sind für die energetische Sanierung des Gebäudebestandes erforderlich. Ebenso erfüllen Kunststoffe wichtige Anforderungen des Leichtbaus in modernen Konzepten des Automobil- und Flugzeugbaus und bei der Erzeugung erneuerbarer Energien. Es hätte der deutschen Bundesregierung gut angestanden, den positiven Klimaschutzbeitrag von Kunststoffprodukten mit wenigstens einer Silbe in ihrem nationalen Klimaschutzprogramm zu erwähnen. Kunststoff ist schließlich der Werkstoff des Klimaschutzes!

An die Adresse der Umweltpolitiker in Berlin und Brüssel richten wir deshalb den dringenden Appell, endlich in ganzheitlichen und nachhaltigen Lösungen zu denken, statt weiter einseitig auf den Kunststoff einzudreschen.

Die Folgen der negativen Stimmungsmache gegen den Kunststoff bleiben nicht ohne bereits heute spürbare Folgen für die Unternehmen der Kunststoff verarbeitenden Industrie. Viele Branchenunternehmen berichten über negative Konsequenzen für das Unternehmensimage, negative Folgen für ihren Umsatz und negative Auswirkungen auf die Suche nach Auszubildenden und Fachkräften. Auch die Berichte deutscher Hochschulen über den teilweise dramatischen Rückgang von Studienbewerberinnen und -bewerbern für Studiengänge im Fach Kunststofftechnik sprechen eine deutliche Sprache und haben absehbar gravierende Konsequenzen für den Kunststoff-Standort Deutschland.

Die Kunststoff verarbeitende Industrie in Deutschland setzt der pauschalen und in Teilen maßlosen Kritik am Kunststoff einen positiven Entwurf einer Ressourcen- und Kreislaufwirtschaft mit Kunststoffen entgegen, die an die im Industrieland Deutschland versammelten Kompetenzen der gesamten Wertschöpfungskette Kunststoff anknüpft. Unser Ziel ist es, den größtmöglichen Nutzen aus Kunststoffen für unsere Gesellschaft zu generieren statt ihn zu verteufeln. Unser Positionspapier, in dem wir den Weg zum nachhaltigen Wirtschaften mit Kunststoffen beschreiben, finden Sie in den Unterlagen zu dieser Pressekonferenz.

Die Debatte über Kunststoffe und Ressourcenschutz hat dazu beigetragen, dass die Nachfrage nach Kunststoffzyklen aus unseren Kundenindustrien spürbar zunimmt. Wir plädieren deshalb in unserem Positionspapier für eine Stärkung des hochwertigen werkstofflichen Recyclings von Kunststoffen, dort wo es ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. Anspruchsvolle europäische Zielsetzungen verfolgt die Wirtschaft gemeinsam mit der Europäischen Kommission im Rahmen der im vergangenen Jahr gegründeten Circular Plastics Alliance. Darüber hinaus halten wir es für geboten, neue technologische Wege zu beschreiten, wenn diese ihren Reifegrad erreichen. Das gilt insbesondere für die Verfahren des chemischen Recyclings stark vermischter und ver-

schmutzter Kunststoffabfälle, was jedoch weitere Anstrengungen der chemischen Industrie bezüglich Entwicklung und Innovation voraussetzt.

Dass Einsicht bei politischen Entscheidungsträgern oft jahrelanger Überzeugungsarbeit bedarf, zeigt sich auch an der längst überfälligen Debatte über Entlastungen beim Strompreis für private Verbraucher und Wirtschaft, über die nunmehr im Zusammenhang mit der Einführung einer nationalen Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland nachgedacht wird. Seit Jahren hat unsere Branche, im Schulterschluss mit anderen mittelständischen Industrien, darauf hingewiesen, dass die staatlichen Abgaben und Umlagen auf elektrischen Strom zu einer kaum mehr tragbaren Belastung für Haushalte und das Industrieland Deutschland geworden sind. Erstmals erkennen nun Politiker der Regierungskoalition an, dass es sich beim Ausbau Erneuerbarer Energien um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die vom Steuerzahler zu tragen ist. Wir können den bayrischen Ministerpräsidenten Söder und den Bundeswirtschaftsminister Altmaier nur ermutigen, den Worten nun auch Taten folgen zu lassen und die EEG-Umlage möglichst vollständig und rückwirkend zum 1.1.2020 in den Bundeshaushalt zu überführen.

Während sich bei den Stromkosten zumindest eine gewisse Bewegung der politischen Debatte abzeichnet, bleibt die Versorgung mit Auszubildenden und Fachkräften weiter angespannt. Obwohl angesichts der aktuellen Konjunkturlage unserer Branche zumindest kurzfristig nicht mehr mit einem weiteren Stellenaufbau zu rechnen ist, fehlt es weiter an Nachwuchs, um die demografiebedingte Ruhestandswelle auszugleichen. Es besteht im weitaus überwiegenden Teil der Branchenunternehmen auch zu Beginn des Jahres 2020 ein Mangel an ausgebildeten Fachkräften und Auszubildenden, insbesondere im technischen Bereich, sowie an Kunststoff-Ingenieuren.

Wie die Ergebnisse der Unternehmensbefragung des GKV zur Wirtschafts- und Konjunkturlage zeigen, ist das Geschäftsklima in unserer Branche infolge der öffentlichen Debatte über Kunststoffe aktuell zwischen Zuversicht und Unsicherheit zweigeteilt. Einerseits bieten Kunststoffprodukte die Lösung für vielfältige Herausforderungen unserer Zeit. Auf den Beitrag zum klimaverträglichen Leben und die Vermeidung von Ressourcenverschwendung war ich bereits eingegangen. Andererseits führen widersprüchliche Signale aus Gesellschaft und Politik aktuell zu Unsicherheit und zur Zurückhaltung von Investitionen.

In Abwägung der skizzierten Herausforderungen und Chancen sowie im Lichte der prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland gehen wir für das Jahr 2020 von einem Branchenumsatz für die Kunststoff verarbeitende Industrie maximal in der gleichen Größenordnung wie 2019 aus.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!